



LAND  
BRANDENBURG

Ministerium für Wirtschaft,  
Arbeit und Energie

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

# BERICHT ZUR KONJUNKTURELLEN LAGE IM LAND BRANDENBURG 2022



## Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung Land Brandenburg

### Bergbau, Verarbeitung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe (Industriestatistik nach WZ 2008, Monatsberichtskreis, 50 und mehr Beschäftigte)

	2022	2021
<b>Auftragseingang</b> (nur Verarbeitendes Gewerbe) (Volumenindex; 2015=100; Originalwerte) (gesamt)		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,9	+23,2
<b>Umsatz</b> (Originalwerte) (insgesamt)		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+35,0	+9,0
<b>Beschäftigte</b> (Originalwerte)		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+6,1	-1,6
<b>Bauhauptgewerbe</b> (Monatsberichtskreis, Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)		
<b>Auftragseingang</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+6,3	0,0
<b>Baugewerblicher Umsatz</b> (Originalwerte)		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,9	-3,5
<b>Beschäftigung</b> (Originalwerte)		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,9	+3,7
<b>Einzelhandel</b> (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)*		
<b>Einzelhandelsumsätze real</b> (Messzahl 2015=100)		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,8	+2,3
<b>Beschäftigung</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-1,7	+1,0
<b>Gastgewerbe*/ Tourismus</b>		
<b>Umsatz real</b> (Messzahl 2015=100)		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+22,7	-6,5
<b>Beschäftigung</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+5,5	-9,3
<b>Zahl der Gäste</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+50,9	-2,9
<b>Zahl der Übernachtungen</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+33,8	-0,3
<b>Arbeitsmarkt</b>		
<b>Arbeitslose</b>		
Veränderung zum Vorjahr in %	-5,4	-4,9
<b>Arbeitslosenquote</b>		
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	5,6	5,9

<b>Außenhandel*</b>		
<b>Außenwirtschaft – Ausfuhr</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	<b>+31,3</b>	+13,6
<b>Außenwirtschaft – Einfuhr</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	<b>+27,6</b>	+17,7
<b>Gewerbeanzeigen</b>		
<b>Anmeldungen</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	<b>-0,8</b>	+6,9
<b>Abmeldungen</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	<b>+2,0</b>	+0,9
<b>Preisentwicklung</b>		
<b>Verbraucherpreise (2020=100)</b>		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	<b>+7,1</b>	+3,4

**Stand:** 12. Juli 2023; Quellen der statistischen Angaben: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit.

\* vorläufige Daten

# Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und im Land Brandenburg im Jahr 2022

## Deutschland

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie, war auch das Jahr 2022 von weiteren, sich überlappenden Krisen geprägt. Besonders der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hatte gravierende wirtschaftliche Folgen in Deutschland. Vor allem die Preise für Erdgas, aber auch von Mineralölprodukten stiegen explosionsartig. Aufgrund eines Lieferstopps von Erdgas durch Russland drohte zwischenzeitlich eine Gasmangellage in Deutschland. In der Folge stiegen die Verbraucherpreise auf historische Höchstwerte. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich massiv. Diese Entwicklung hat - trotz umfangreicher staatlicher Entlastungsmaßnahmen - zu erheblichen gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftverlusten und einer Verschlechterung des Konsumklimas geführt. Daneben beeinträchtigten neuerliche Material- und Lieferengpässe das Wirtschaftsgeschehen.

Quartal	Veränderung des Bruttoinlandsproduktes (preisbereinigt, verkettet)	
	zum Vorquartal (saison- und kalenderbereinigt)	zum Vorjahresquartal (kalenderbereinigt)
I. 2022	+1,0%	+3,8%
II. 2022	-0,1%	+1,6%
III. 2022	+0,5%	+1,4%
IV. 2022	-0,5%	+0,8%

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung wuchs das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** im Jahr 2022 um +1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2021: +2,6 Prozent).

Die Wirtschaftsentwicklung war im vergangenen Jahr stark von der inländischen Nachfrage geprägt. Pandemiebedingte Aufholeffekte stützten in den ersten drei Quartalen den privaten Konsum und führten zu einem Anstieg der Wirtschaftsleistung. Im 4. Quartal hingegen schrumpfte die Gesamtwirtschaft.

Die privaten **Konsumausgaben** wiesen im Jahr 2022, trotz der Kaufkraftverluste und historisch niedriger Konsumstimmung, gegenüber dem Vorjahr ein hohes Wachstum auf (+4,3 Prozent). Nachhol- und Normalisierungseffekte nach der Pandemie sowie hohe Rücklagen haben hierbei eine bedeutende Rolle gespielt. In der zweiten Jahreshälfte 2022 sind die privaten Pkw-Neuzulassungen merklich gestiegen.

In den Jahren 2020 und 2021 stand der **Staatskonsum** unter dem Einfluss der Corona-Pandemie, besonders im Gesundheitsbereich waren die Ausgaben deutlich angestiegen. Aufgrund der Omikron-Welle waren diese Ausgaben

auch im 1. Halbjahr 2022 noch hoch. Im weiteren Jahresverlauf gingen die Gesundheitsausgaben jedoch fast vollständig zurück. Ab dem 2. Quartal sind die Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration aus der Ukraine hinzugekommen. Diese fielen jedoch niedriger aus als während des letzten größeren Anstiegs der Migration um das Jahr 2015, da viele Geflüchtete in privaten Unterkünften untergekommen sind. Die Konsumausgaben des Staates nahmen preisbereinigt um +1,2 Prozent ggü. dem Vorjahr zu und damit deutlich weniger als in den beiden Vorjahren.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** nahmen 2022 nur leicht zu (+0,4 Prozent). Während die Ausrüstungsinvestitionen um +3,3 Prozent kräftig expandierten, brachen die Bauinvestitionen um -1,7 Prozent ein. Die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge wurden durch die Abmilderung der Lieferengpässe begünstigt. Die Umsätze in der Investitionsgüterindustrie haben kräftig zugenommen, gleiches gilt für Investitionsgüterimporte. Bei den **Bauinvestitionen** war der Wohnungsbau am stärksten und der gewerbliche Bau am wenigsten betroffen. Hohe Baupreise, Materialengpässe und Knappheiten bei Arbeitskräften waren ausschlaggebend für die Rückgänge. Die Auftragsbücher sind weiter gut gefüllt, die Auftragsbestände gehen aber zurück. Dies ist v.a. auf Stornierungen zurück zu führen.

Der deutsche **Außenhandel** expandierte im vergangenen Jahr, trotz des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds, stark. Die Exporte nahmen um +2,9 Prozent ggü. dem Vorjahr zu, die Importe um +6,0 Prozent. Aufgrund des starken Importwachstums schmälerte der Außenbeitrag das BIP-Wachstum um -1,2 Prozentpunkte.

Die **Verbraucherpreisinflation** ist 2022 in Deutschland auf 6,9 Prozent gestiegen und erreichte damit den höchsten Stand seit 1974. Besonders Energie aber auch Nahrungsmittel haben sich im vergangenen Jahr massiv verteuert. Während der Beitrag der Energiepreise in der zweiten Jahreshälfte zurückgegangen ist, haben Nahrungsmittelpreise und die Kerninflation (Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel) an Bedeutung gewonnen. Bis der Preisdruck spürbar nachlassen wird, dürfte es noch eine Weile dauern.

Der Hauptgrund für die **gestiegenen Verbraucherpreise** sind - in nahezu allen Wirtschaftsbereichen - kräftig gestiegene Kosten für Vorleistungen. Sie trugen, nach Berechnungen des ifo Instituts, 6,8 Prozentpunkte zum Preisanstieg bei. Sowohl Corona-Pandemie als auch Ukraine-Krieg führten zu einer Verknappung und Verteuerung von Vorprodukten, Energie und Rohstoffen und haben so die Produktionskosten in die Höhe getrieben.<sup>1</sup>

Neben den gestiegenen Beschaffungspreisen hat es in einigen Wirtschaftsbereichen offenbar auch eine spürbare Ausweitung der Unternehmensgewinne gegeben. Dies legen kräftige Anstiege der Wertschöpfungsdeflatoren<sup>2</sup> nahe. Im vergangenen Jahr ist der Deflator der Bruttowertschöpfung um +5,5 Prozent gestiegen und lag damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von +1,2 Prozent (2000-2019). Dies bedeutet, zur Inflation beigetragen hat auch eine Verteuerung der heimischen Wertschöpfung. Vor allem im Baugewerbe, im Bereich „Handel, Verkehr und Gastgewerbe“ sowie im Verarbeitenden Gewerbe, kann der Anstieg der Deflatoren der Bruttowertschöpfung nur durch eine kräftige Ausweitung des Bruttobetriebsüberschusses erklärt werden.<sup>3</sup> Das ifo Institut schätzt, dass die diese im Jahr 2022 rechnerisch 0,9 Prozentpunkte zum Preisniveauanstieg beigetragen haben.

<sup>1</sup> ifo Institut (2023)

<sup>2</sup> Der Deflator der BWS ist ein impliziter Inflationsindikator im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

<sup>3</sup> Ragnitz (2022), Abberger und Nierhaus (2023)

Vor dem Hintergrund der multiplen Krisen und der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage stand die **Finanzpolitik** weiterhin im Zeichen der Krisenbewältigung. Das **Finanzierungsdefizit** des Staates ist mit 127,3 Mrd. Euro auf hohem Niveau geblieben. Im Vorjahresvergleich ist es lediglich um 5,9 Mrd. Euro gesunken. Die **Defizitquote**, gemessen am nominalen BIP, lag bei -2,6 Prozent.

Die wirtschaftlichen Folgen des Kriegsgeschehens in der Ukraine und v.a. der Stopp der Gaslieferungen durch Russland haben in Deutschland zu massiv steigenden Energiepreisen und einer hohen Inflationsrate geführt. Diese Entwicklung hat zu großer Unsicherheit und Sorge innerhalb der Bevölkerung und in der Wirtschaft geführt.

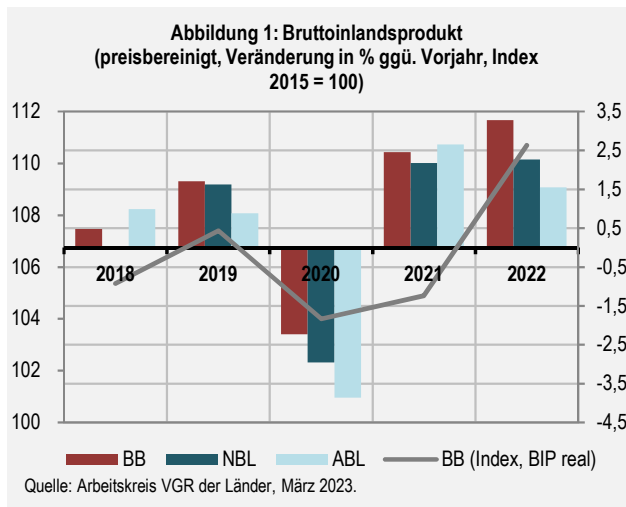
Aufgrund der Energiekrise hat die Bundesregierung im Verlauf des Jahres 2022 verschiedene **Entlastungsmaßnahmen** für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen auf den Weg gebracht.

In Bezug auf die Entlastung bei den Energiekosten wurden **drei Entlastungspakete** mit einem Volumen von insgesamt knapp 135 Mrd. Euro beschlossen. Das **erste Entlastungspaket** beinhaltete v.a. steuerliche Maßnahmen wie die Anpassung des Grundfreibetrags. Mit dem **zweiten Entlastungspaket** wurden direkte Transfers und Einmalzahlungen verabschiedet. Zudem wurde im Zeitraum von Juni bis August 2022 im Rahmen des Tankrabatts die Energiesteuer auf Kraftstoffe gesenkt und das 9-Euro-Ticket für die vergünstigte Nutzung des ÖPNV eingeführt. Im **dritten Entlastungspaket** wurde mit dem Inflationsausgleichsgesetz eine umfangreiche steuerliche Entlastung auf den Weg gebracht. Diese zielt auf die Eindämmung der kalten Progression. In dem Entlastungspaket enthalten war außerdem eine temporäre Umsatzsteuersenkung auf Gaskäufe, die Verschiebung der CO<sub>2</sub>-Preiserhöhung sowie weitere steuerliche Maßnahmen (siehe Jahressteuergesetz 2022). Die Gaspreisbremse hat mit der Dezember-Soforthilfe bereits im vergangenen Jahr zu Mehrausgaben geführt. Die volle Wirkung auf den Staatshaushalt wird bei Gas- und Strompreisbremse erst im laufenden Jahr und 2024 einsetzen. Die Kosten für die Gaspreisbremse wurden auf 15 Mrd. Euro im Jahr 2023 und 0,5 Mrd. Euro im Jahr 2024 veranschlagt. Für die Strompreisbremse kommen noch einmal 13 Mrd. Euro für 2023 sowie 0,8 Mrd. Euro für 2024 hinzu. Aufgrund der gesunkenen Gaspreise dürften die Ausgaben für die Gaspreisbremse geringer ausfallen, als noch im Herbst 2022 prognostiziert.

### **Land Brandenburg**

Im Land Brandenburg hat die Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 um +3,3 Prozent expandiert (siehe Abbildung 1). Die märkische Wirtschaft verzeichnete damit ein deutlich stärkeres Wachstum als die ostdeutschen Flächenländer (+2,3

Prozent) und auch als die westdeutschen Länder (+1,5 Prozent). Der Wert aller in Brandenburg 2022 produzierten Waren und Dienstleistungen betrug 88,8 Mrd. Euro.



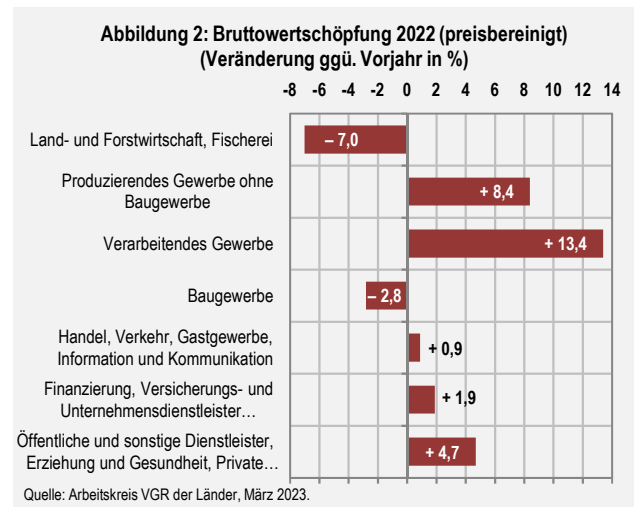
Der stärkste Treiber des brandenburgischen Wirtschaftswachstums war das Verarbeitende Gewerbe. Die Wertschöpfung (BWS) im Verarbeitenden Gewerbe in Brandenburg hat 2022 so stark zugenommen wie seit 2010 nicht mehr. Bundesweit stieg der Industrieoutput um +0,2 Prozent, in Brandenburg nahm die Produktion dagegen um +13,4 Prozent sehr kräftig zu (Vgl. Abbildung 2). Damit verbuchte das Verarbeitende Gewerbe in Brandenburg bundesweit das stärkste Wachstum – trotz stark gestiegener Energiekosten und weiterhin bestehender Engpässe bei Material- und Rohstofflieferungen. Das Verarbeitende Gewerbe steuerte 1,3 Mrd. Euro und damit mehr als die Hälfte des gesamten Wirtschaftswachstums bei.

Den größten Wachstumsbeitrag innerhalb der Industrie leistete die Automobilbranche. Seit dem Produktionsstart zum Bau von Elektroautos durch einen internationalen Produzenten in Grünheide im März 2022, ist diese auch zur größten Industriebranche in Brandenburg geworden. Bei weiterem Hochlauf der Produktion dürfte die Produktionseröffnung auch im laufenden Jahr nochmals stark zum Wachstum der Bruttowertschöpfung in beitragen. Aber auch andere Branchen, wie die Metallindustrie oder der Bereich Reparatur von Maschinen und Ausrüstungen, haben im vergangenen Jahr zum Wachstum beigetragen.

Im Baugewerbe machten sich im letzten Jahr die gestiegenen Baukosten bemerkbar, zunehmend schlechtere Finanzierungsbedingungen haben zu vermehrten Stornierungen von Bauprojekten geführt. Diese Faktoren bewirkten eine merkliche Verschlechterung der konjunkturellen Situation – die BWS ist gegenüber 2021 um -2,8 Prozent gesunken (DEU: -2,9 Prozent).

Die Wirtschaftsleistung in den Dienstleistungsbereichen hat mit +2,7 Prozent im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich zugelegt (DEU: +2,9 Prozent). Den größten Wachstumsbeitrag in Brandenburg lieferte der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+4,3 Prozent; 761 Mio. Euro). Seit der Eröffnung des Flughafens BER wachsen die LuftfahrtDienstleistungen sehr dynamisch. Der Bereich „Information und Kommunikation“ erfuhr einen Rückgang um -2,7 Prozent ggü. dem Vorjahr.

Deutliche Wertschöpfungsverluste gab es in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei.



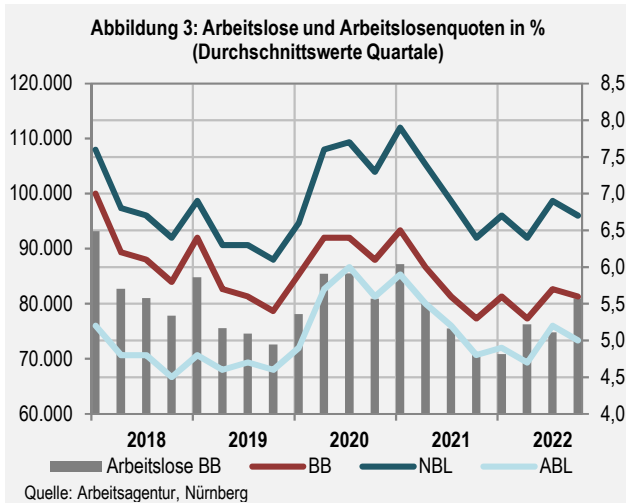
## ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Auf dem brandenburgischen Arbeitsmarkt hat sich 2022 die positive Entwicklung aus dem Vorjahr weiter fortgesetzt, trotz der Flüchtlingsmigration aus der Ukraine, die die **Arbeitslosenzahlen** zwischenzeitlich erhöhte (siehe Abbildung 3). Durchschnittlich waren 74.242 Personen arbeitslos, absolut waren das 4.221 Personen weniger als im Vorjahr (-5,4 Prozent). Bundesweit gingen die Arbeitslosenzahlen um -7,5 Prozent noch etwas stärker zurück.

Die jahresdurchschnittliche **Arbeitslosenquote** lag im Jahr 2022 bei 5,6 Prozent und damit um 0,3 Prozentpunkte unter der Quote des Vorjahres sowie 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosenquoten in West- und Ostdeutschland sind jeweils um 0,4 Prozentpunkte auf 5,0 Prozent bzw. 6,7 Prozent gesunken.

Der Abstand der brandenburgischen zur bundesweiten Arbeitslosenquote hat sich auf 0,3 Prozentpunkte verringert; 2013 waren es noch 3,0 Prozentpunkte.

Im Land Brandenburg existieren in Bezug auf die **Arbeitslosigkeit auf regionaler Ebene** nach wie vor deutliche Unterschiede. So betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 2022 im Landkreis Dahme-Spreewald lediglich 3,7 Prozent, im Landkreis Uckermark dagegen 9,6 Prozent. In den kreisfreien



Städten waren die Unterschiede etwas geringer. Die Arbeitslosenquote in Potsdam betrug 5,2 Prozent und in Brandenburg an der Havel 8,2 Prozent.

Die **Erwerbstätigkeit** in Brandenburg ist im Jahr 2022 um +1,1 Prozent auf 1,145 Mio. Personen gestiegen. Dies ist ein historischer Höchststand an Erwerbstätigen. Bundesweit legte die Zahl der Erwerbstätigen mit +1,3 Prozent etwas stärker zu. Die Erwerbstätigenentwicklung war in Westdeutschland wesentlich dynamischer als in Ostdeutschland. In Westdeutschland (ohne Berlin) nahm die Zahl der Erwerbstätigen um +1,3 Prozent zu, in Ostdeutschland (ohne Berlin) stieg sie um +0,7 Prozent.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen im Land Brandenburg war die Erwerbstätigenentwicklung positiv. Im Verarbeitenden Gewerbe legte die Erwerbstätigenzahl um +3,3 Prozent ggü. dem Vorjahr kräftig zu. Im Baugewerbe hingegen fiel sie um -0,6 Prozent, nachdem es in den vorangegangenen Jahren deutliche Aufwüchse gegeben hatte. In den Dienstleistungsbereichen nahm die Zahl der Erwerbstätigen um +1,1 Prozent zu. Überdurchschnittliche Zuwächse gab es in den Bereichen „öffentliche Dienstleistungen“ sowie „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (jeweils +1,2 Prozent). Einen unterdurchschnittlichen Erwerbstätigenzuwachs gab es im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+0,8 Prozent).

Die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** in Brandenburg ist, nach einem Rückgang im Jahr 2020, in den vergangenen beiden Jahren wieder gestiegen. Im Jahr 2022 nahm die Beschäftigung um 13.172 bzw. +1,5 Prozent auf 892.080 Beschäftigte (Berichtsmonat September 2022) zu. Deutschlandweit stieg die Zahl der Beschäftigten um +1,7 Prozent.

Mit dem deutlichen Umsatzzuwachs nahm im Verarbeitenden Gewerbe auch die Beschäftigung um +4,4 Prozent kräftig zu. Dieser Zuwachs fußte v.a. auf der Entwicklung in der Metall- und Elektroindustrie und der Stahlindustrie, hierzu gehört auch die Automobilbranche. Die Beschäftigung ist in diesem Bereich um +8,6 Prozent gestiegen. Anders als in den vorangegangenen Jahren stieg die Beschäftigtenzahl in den Dienstleistungsbereichen nur unterdurchschnittlich (+1,3 Prozent). Ein kräftiges Plus vermeldete der Bereich „Information und Kommunikation“ (+4,4 Prozent). Die Bereiche „Erziehung und Unterricht“ (+3,3 Prozent), die „öffentlichen Dienstleistungen“ (+2,5 Prozent) und das Gastgewerbe (+2,1 Prozent) verbuchten überdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse. Sinkende Beschäftigung gab es in den Bereichen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei (-2,5 Prozent) und „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (-2,2 Prozent). Im Baugewerbe zeigten sich die Spuren der konjunkturellen Abkühlung, die Beschäftigtenzahl nahm um -0,5 Prozent ggü. dem Vorjahr ab.<sup>1</sup>

Der Arbeitsmarkt wurde auch im Jahr 2022 durch den Einsatz der **konjunkturellen Kurzarbeit** (nach §96 SGB III) gestützt. Ihre Bedeutung als Konjunkturstütze hat im Vergleich zu den Jahren 2020 und 2021 deutlich abgenommen. Die Inanspruchnahme durch die Betriebe ist spürbar gesunken. Nachdem bereits 2021 die Zahl der Kurzarbeiter deutlich gegenüber 2020 abgenommen hatte, nahm sie 2022 noch einmal um mehr als 75 Prozent ab. In Summe hatten über das Jahr 2022 104.678 Personen Kurzarbeitergeld erhalten. Über den Jahresverlauf fiel die Zahl der Kurzarbeitenden von 22.164 im Januar um rd. -85 Prozent auf 3.243 im Dezember. In der gesamten Wirtschaft nahm der Anteil der Kurzarbeitenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die sogenannte Kurzarbeiter-Quote, im Vorjahresvergleich ab und betrug im Jahresdurchschnitt 2022 nur noch 1,0 Prozent (2021: 4,2 Prozent).

In Brandenburg ist das **Arbeitsvolumen** im Jahr 2022 um -1,1 Prozent gesunken, obwohl die Erwerbstätigenzahl um +1,1 Prozent zugenommen hat. Dieser Rückgang ist auf die gesunkene Pro-Kopf-Arbeitszeit zurückzuführen. Die geleisteten **Arbeitsstunden je Erwerbstätigen** nahmen um durchschnittlich -2,0 Prozent ab. Dennoch lag die Arbeitszeit über der durchschnittlichen Arbeitszeit in Deutschland. Der Rückgang der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit in Brandenburg ist auch Folge der erhöhten Teilzeitquote unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg 2022 stärker als die der Vollzeitbeschäftigten.

Im Land Brandenburg lagen die **Reallöhne** 2022 im Durchschnitt um -3,3 Prozent unter dem Vorjahr. Zwar stiegen die Nominallöhne im Gesamtjahr sehr stark um +3,5 Prozent,

<sup>1</sup> Stand: Juni 2021



jedoch betrug die Teuerung in diesem Zeitraum +7,1 Prozent. Damit wurde die positive Lohnentwicklung von der Inflation aufgezehrt. Gleiches gilt bundesweit, wo die Real-löhne sogar um -4,0 Prozent unter dem Vorjahr lagen. Trotz einer etwas geringeren Teuerungsrate wurde auch hier der Nominallohnanstieg aufgezehrt.

## AUSSENHANDEL

Im Jahr 2022 wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von 17,7 Mrd. Euro aus Brandenburg exportiert. Das waren +30,7 Prozent mehr **Exporte** als im Vorjahr und fast ein Drittel mehr als 2019 (Vgl. Abbildung 4). Trotz noch immer bestehender Lieferengpässe und zunehmender Wettbewerbsprobleme aufgrund steigender Energiekosten, konnten Unternehmen ihre Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen steigern. Deutschlandweit stiegen die Ausfuhren gegenüber 2021 lediglich um +14,3 Prozent.

Die Exporte in die wirtschaftlich bedeutenden europäischen Länder (EU-27) machten einen Anteil von 65,9 Prozent an den brandenburgischen Ausfuhren aus. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um über ein Drittel auf einen Wert von 11,6 Mrd. Euro. Insbesondere das Handelsvolumen mit den wichtigsten Handelspartnern von Brandenburg nahm deutlich zu. Polen bleibt unangefochten der wichtigste Handelspartner Brandenburgs. Das Exportvolumen hat nach dem erheblichen Anstieg im Jahr 2021, nun im Jahr 2022 noch einmal um +61,8 Prozent auf 4,9 Mrd. Euro zugenommen. Über ein Viertel der brandenburgischen Ausfuhren gehen an das Nachbarland im Osten. Auch auf den nachfolgenden Rängen der wichtigsten Handelspartner hat es keine Veränderungen gegeben. Auf Platz 2 liegen weiterhin die Vereinigten Staaten (1,6 Mrd. Euro, +40,1 Prozent ggü. Vorjahr), darauf folgt Tschechien (1,2 Mrd. Euro, +34,2 Prozent), auf Platz vier liegen die Niederlande (807 Mio. Euro, +15,7 Prozent) und auf Platz fünf das Vereinigte Königreich (742 Mio. Euro, +11,7 Prozent). Die Exporte nach Russland nahmen 2022 um -13,1 Prozent moderat ab, die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen in die Ukraine waren mit -9,6 Prozent ebenfalls rückläufig.

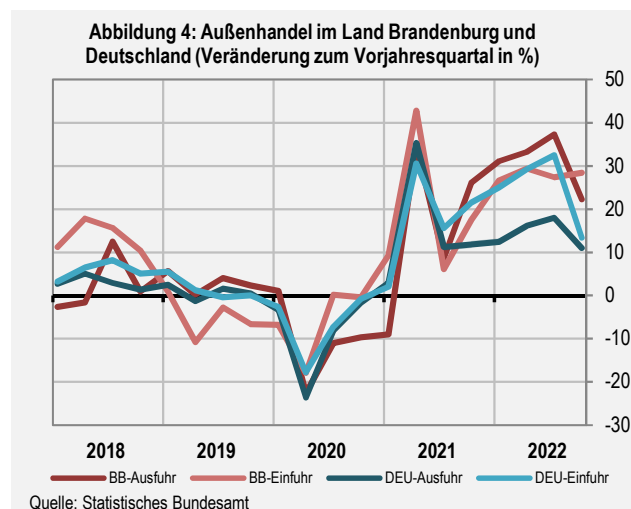
Im Vergleich zu 2021 hat es nur leichte Veränderungen in der Rangliste der wichtigsten **Exportgüter** gegeben. Die Ausfuhren für die fünf Produktgruppen nahmen zwischen 2021 und 2022 spürbar zu. Die wichtigsten Exportgüter aus Brandenburg waren im Jahr 2022 Mineralölzeugnisse (2,3 Mrd. Euro, +141,8 Prozent ggü. Vorjahr), Blech aus Eisen oder Stahl (1,4 Mrd. Euro, +25,3 Prozent), Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge (1,0 Mrd. Euro, +43,6 Prozent), Pharma-

Produkte (0,9 Mrd. Euro, +46,0 Prozent) sowie Waren aus Papier und Pappe (0,8 Mrd. Euro, +25,5 Prozent).<sup>2</sup>

Die **Importe** erhöhten sich im Jahr 2022 um +27,9 Prozent auf einen Wert von 26,4 Mrd. Euro. Deutschlandweit legten die Importe gegenüber dem Jahr 2021 um knapp ein Viertel zu.

Einfuhren aus den EU-27-Ländern nach Brandenburg nahmen um +15,4 Prozent zu (Importanteil: 49,5 Prozent). Das wichtigste Importland blieb Russland, ein Fünftel der Importe nach Brandenburg kamen von dort. Der Wert der importierten Waren aus Russland hat 2022 um mehr als ein Drittel zugenommen. Das Gewicht der importierten Waren nahm hingegen um -1,4 Prozent ab. Auch hier zeigt sich die Wirkung der enorm gestiegenen Energiepreise.

Mit dem Stopp der Erdölimporte über die Druschba-Pipeline zum Jahresende 2022 sind die Importe aus Russland auf nahezu Null gesunken (Stand Februar 2023: -99,0 Prozent ggü. Vorjahresmonat). Auf dem zweiten Platz der wichtigsten Importländer lag Polen, gefolgt von China, Frankreich und den Niederlanden. Die wichtigsten Importgüter waren Energieprodukte. Der Importwert dieser Produkte ist um +42,6 Prozent ggü. dem Vorjahr gestiegen, sie machten über ein Fünftel der Importe aus. Neben Energieimporten wurden Pkw und Wohnmobile (2,1 Mrd. Euro, +10,7 Prozent ggü. Vorjahr), Geräte zur Elektrizitätserzeugung u. -verteilung (1,6 Mrd. Euro, +246,4 Prozent), Luftfahrzeuge (0,9 Mrd. Euro, +54,6 Prozent) sowie elektrotechnische Erzeugnisse (0,9 Mrd. Euro, +4,0 Prozent) eingeführt.



<sup>2</sup> Vor allem bei den Mineralölzeugnissen zeigen sich deutliche Preiseffekte durch den Anstieg der Energiepreise. Das Ausfuhrgewicht ist lediglich um ein knappes Drittel gestiegen, der Ausfuhrwert hingegen um mehr als 140 Prozent.



## KREDITMARKT

Der Kreditmarkt in Brandenburg hat sich im Jahr 2022, soweit er in der regionalisierten Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank erfasst wird<sup>3</sup>, überwiegend positiv entwickelt. Sparkassen und Kreditgenossenschaften konnten ihre Kreditvergaben spürbar steigern und auch bei den Großbanken nahm das Kreditvolumen zu. Dagegen nahmen die Kreditvergaben durch Kreditbanken leicht ab.

Der Bestand der **von Banken ausgereichten Kredite** an Nicht-Banken erhöhte sich von knapp 46 Mrd. Euro Ende 2021 auf knapp 48 Mrd. Euro Ende 2022. Etwa 42 Prozent des Kreditbestandes entfielen auf die Kategorie „private Haushalte“, rund ein Drittel auf die Kategorie „Unternehmen“ und etwa 13 Prozent auf die „wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen“, überwiegend sind das Freiberufler.

Am stärksten gestiegen ist im vergangenen Jahr die Kreditvergabe an private Haushalte (+6,3 Prozent ggü. Vorjahr). Weniger stark haben Kreditvergaben an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen und an Unternehmen in Höhe von +2,9 Prozent bzw. 2,0 Prozent zugenommen.

Bei den Unternehmen verzeichneten Sparkassen und Genossenschaftsbanken starke Zuwächse, allerdings bei einem im Vergleich zu den (privaten) Kreditbanken niedrigeren Ausgangsniveau. Die Ausgabe von Unternehmenskrediten durch Kreditbanken und Großbanken waren rückläufig. Bei Großbanken sogar um fast ein Zehntel.

Sparkassen erhöhten im Jahr 2022 ihr Kreditvolumen für Freiberufler deutlich um +7,2 Prozent ggü. 2021. Besonders Kreditbanken aber auch Großbanken haben dagegen merklich weniger Kredite an diese Klientel ausgegeben.

Ein näherer Blick auf die Kreditvergabe an (inländische) Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen zeigt, dass das Kreditvolumen des (inländischen) Dienstleistungsgewerbes (einschl. der Freiberufler), welches knapp über 50 Prozent des Kreditvolumens der Wirtschaft ausmacht, von 2021 zu 2022 um rd. drei Prozent zugenommen hat.

Im Verarbeitenden Gewerbe – das einen Anteil von fünf Prozent am Gesamtvolumen hat – ging das Kreditvolumen insgesamt um -12,2 Prozent zurück.

## PROGNOSE

### *Rückblick auf das 1. Halbjahr 2023*

Die konjunkturelle Entwicklung in **Deutschland** war im zurückliegenden Winterhalbjahr rückläufig, damit befand sich

die deutsche Wirtschaft in der Rezession. Hauptgrund hierfür war eine spürbare Abschwächung der Nachfrage. Diese stellt für die Unternehmen zunehmend eine Produktionsbehinderung dar. Die schwache Nachfrage bekommt der Handel am deutlichsten zu spüren: Umsätze und Wertschöpfung gehen in der Tendenz bereits seit Anfang 2022 zurück. Im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft stützen die extrem hohen Auftragsbestände aktuell die Produktion. Angebotsseitig wirken die nachlassenden Liefer-schwierigkeiten bei Vorprodukten konjunkturstützend. Die Energiepreise sind auf Vorkriegswerte gesunken und die Krankenstände haben sich normalisiert. Die hiermit verbundene Stärkung der Produktionskapazitäten und der gleichzeitige Nachfragerückgang haben dazu beigetragen, dass sich die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten verringert hat.

### *Ausblick auf 2023*

Erst in der zweiten Jahreshälfte dürften die Einkommen wieder stärker zulegen als die Preise und der private Konsum an Fahrt aufnehmen. Die Baukonjunktur wird sich über das gesamte Jahr weiter abkühlen. Weil der Anstieg der Baupreise nur langsam zurückgeht und gleichzeitig die Kreditzinsen hoch bleiben, wird sich die Nachfrage nach Bauleistungen weiter verringern. Das Verarbeitende Gewerbe wird weiter von den hohen Auftragsbeständen profitieren und seine Produktion ausweiten. Die Situation der energieintensiven Industrie dürfte jedoch angespannt bleiben.

Auch auf dem Arbeitsmarkt wird die konjunkturelle Schwäche ihre Spuren hinterlassen. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich in den kommenden Monaten spürbar abschwächen. Für den kommenden Winter ist die Wahrscheinlichkeit einer Gasmangellage für die deutsche Volkswirtschaft deutlich gesunken, ein Restrisiko bleibt aber bestehen. Ab Jahresende wird sich die Konjunktur wieder erholen und die Wirtschaft mit kräftigeren Raten zulegen. Sie wird sich dann auch wieder der Normalauslastung annähern.

Es zeichnet sich ferner ab, dass die hohe Inflation nur langsam verringert werden kann und wohl auch mittelfristig deutlich über dem EU-Zielwert liegen dürfte. Im weiteren Verlauf dürften die Löhne, aufgrund von Inflationsprämien und Tariflohnerhöhungen, beschleunigt zunehmen. Zum einen steigen dadurch zwar die Produktionskosten der Unternehmen, zum anderen wird die Kaufkraft der Haushalte gestützt. Dies wiederum räumt den Unternehmen Spielräume für Preiserhöhungen ein. Insgesamt dürfte daher die Kerninflation (Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie

<sup>3</sup> Zuordnung nach dem Sitz der Bankniederlassung, nicht nach dem des kreditnehmenden Kunden.

und Nahrungsmittel) nur langsam sinken. Die aktuellen Inflationsprognosen für 2023 liegen zwischen 5 Prozent und 7 Prozent.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Konjunkturprognosen für Deutschland deutlich nach unten korrigiert. Das **Prognosespektrum** für die BIP-Wachstumsrate in Deutschland liegt am aktuellen Rand zwischen -0,5 und +0,2 Prozent.

Bereits im Jahr 2022 expandierte die **ostdeutsche Wirtschaft** deutlich stärker als Deutschland insgesamt. Dabei spielte neben dem Produktionsbeginn von Tesla in Grünheide u.a. ein stärkerer Zuwachs der verfügbaren Einkommen eine Rolle. Diese Entwicklung schlägt sich auch noch im Jahr 2023 nieder sowie ein stärkerer Rentenanstieg. Daneben fielen im 1. Quartal 2023 die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland positiver aus als im Westen. Demnach dürfte sich auch die Produktion günstiger entwickeln. Die Baukonjunktur wird sich, wie auch deutschlandweit, weiter spürbar abkühlen. Alles in allem rechnet das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) für 2023 mit einem deutlich stärkeren Wachstum in Ostdeutschland (+0,8 Prozent) als in Deutschland insgesamt. Deutlich weniger optimistisch ist das ifo Dresden, dass von einem Rückgang um -0,4 Prozent ausgeht. Das ifo teilt die Einschätzung hinsichtlich der Industrieentwicklung im Osten, geht aber trotz Einkommenszuwächsen von einer deutlich höheren Kaufzurückhaltung bei den Haushalten aus.

### **Ausblick auf 2024**

Erst im Jahr 2024 dürften die verfügbaren Einkommen aufgrund anziehender Löhne und einer sinkenden Inflation real steigen und substantiell höhere Konsumausgaben ermöglichen. Dies wird die Konjunktur in **Deutschland** nachhaltig beleben. Das Prognosespektrum für 2024 liegt zwischen +1,0 Prozent (KfW) und +2,0 Prozent (RWI). Das Wachstum in **Ostdeutschland** dürfte nach Ansicht des IWH etwa +1,5 Prozent betragen. Das ifo Dresden geht von einem Plus von +1,3 Prozent aus. Typischerweise profitiert die ostdeutsche Wirtschaft in geringerem Maße von einem konjunkturellen Aufschwung als es der Rest von Deutschland tut.

Auch die Preisentwicklung dürfte sich weitestgehend normalisieren, vorausgesetzt Rohstoffe und Energie verteuern sich nicht wesentlich und der EZB-Kurs bleibt weitestgehend gleich.

## **INDIZES**

### **Deutschland**

Die Ergebnisse der **Konjunkturumfrage des DIHK zum Frühsommer 2023**<sup>4</sup> zeigen eine leichte Entspannung in einem weiterhin schwierigen konjunkturellen Umfeld. Bei den Lieferengpässen hat sich die Lage merklich entspannt, auch die Energiepreise haben sich stabilisiert und sind auf hohem Niveau rückläufig. Dagegen stellen gestiegene Zinsen, die weiterhin hohen Energie- und Erzeugerpreise sowie eine schleppende Weltkonjunktur die Wirtschaft vor Herausforderungen.

Der Saldo aus guten und schlechten Einschätzungen zur **Geschäftslage** der Unternehmen ist im Vergleich zum Jahresbeginn unverändert auf dem Wert von +19 Punkten geblieben und bleibt damit weiterhin unter dem langjährigen Schnitt von 21 Zählern. Besonders im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Lage eingetrübt. Dagegen haben sich die Geschäfte im Dienstleistungsbereich aufgehellt und auch im Baugewerbe ist die Lage überwiegend gut.

Bei den **Geschäftsaussichten** überwiegen weiter die pessimistischen Stimmen. Im Vergleich zur Vorumfrage ist der Saldo jedoch merklich gestiegen, bleibt aber deutlich unter dem langjährigen Schnitt. In der Industrie und bei den Dienstleistern sind die Aussichten deutlich weniger trübe als im Handel und im Baugewerbe.

Die Versorgungslage mit Energie bleibt weiterhin unsicher, insbesondere mit Blick auf den nächsten Winter. Das spiegelt sich auch in den **Geschäftsrisiken** der Unternehmen wider. Die Energie- und Rohstoffpreise werden daher am häufigsten als Geschäftsrisiko der Unternehmen genannt. Vielfach als Risiken genannt werden außerdem der Mangel an Fachkräften sowie die Arbeitskosten.

Aufgrund der aktuell hohen Unsicherheit sind die Unternehmen bei ihren **Investitionen** zurückhaltend. Fast die Hälfte plant keine Änderung ihres Investitionsvolumens. Die **Beschäftigungsabsichten** der Unternehmen sind verhalten positiv. Der Saldo liegt leicht über dem langjährigen Schnitt.

### **Brandenburg**

Die Ergebnisse der **Konjunkturumfragen der drei brandenburgischen IHKs** (Cottbus, Frankfurt (Oder), Potsdam) zum Frühsommer 2023 zeigen, dass sich das Geschäftsklima im Vergleich zur Umfrage im Herbst 2022

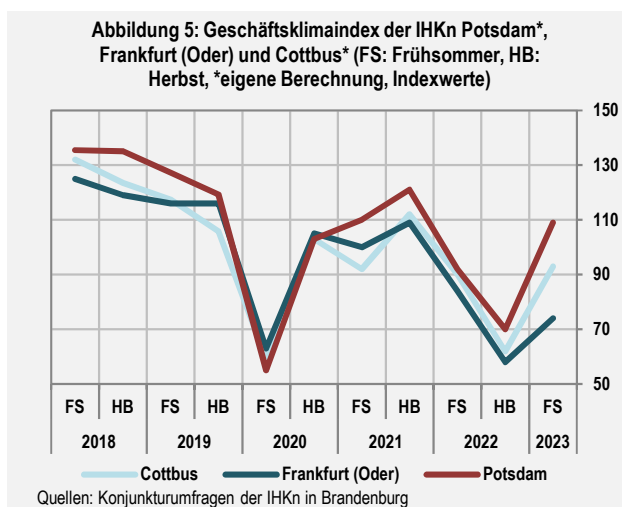
<sup>4</sup> <https://www.dihk.de/re-source/blob/95922/b3727f1756f6ce1df24503885c311756/dihk-konjunkturumfrage-fruehsommer-2023-data.pdf>

kaum verbessert hat (Vgl. Abbildung 5). Die Werte des Geschäftsklimaindex liegen zwischen 74 Punkten im Kammerbezirk Ostbrandenburg und 109 Punkten im Kammerbezirk Westbrandenburg. Der Saldo für die aktuelle **Geschäftslage** (Differenz aus guter und schlechter Geschäftslage) hat in den Kammerbezirken Cottbus und Potsdam im Vergleich zum Jahresbeginn etwas zugelegt, in Ostbrandenburg hat sich die aktuelle Lage hingegen eingetrübt. Die Unternehmen blicken weiterhin pessimistisch in die Zukunft. Der Saldo für die **Geschäftserwartungen** verharrt im negativen Bereich. In West- und Ostbrandenburg ist der Saldo im Vergleich zur Vorumfrage gestiegen. In Südbrandenburg veränderte er sich nicht.

Die Energie- und Rohstoffpreise werden von den Unternehmen als größtes **Geschäftsrisiko** benannt. Aufgrund der Entspannung der Energiepreise in den letzten Monaten hat die Bedeutung etwas abgenommen. Deutlich zugenommen hat die Bedeutung des Fachkräftemangels sowie der Arbeitskosten.

Die Lage bei den **Investitionen** blieb im Vergleich zum Jahresbeginn unverändert. Der Anteil der Unternehmen, die keine Investitionen planen ist weiterhin hoch. Auch bei den Beschäftigungsplänen herrscht Stillstand. In Westbrandenburg rechnen über die Hälfte der Unternehmen mit einer gleichbleibenden Zahl an **Beschäftigten**. Der Anteil der Unternehmen mit zu- und abnehmenden Beschäftigungserwartungen hält sich die Waage. In Ostbrandenburg und Südbrandenburg überwiegt der Anteil der Unternehmen, die von einem geringeren Personalbestand ausgehen. Gründe hierfür sind die sinkende Nachfrage sowie fehlende Arbeitskräfte.

Die Unternehmen geben zudem an, dass sich das **Finanzierungsumfeld** für sie verschlechtert hat. Vor allem die gestiegenen Kreditzinsen werden als Grund genannt.



<sup>5</sup> Quellen: AFS Berlin-Brandenburg, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

## Wirtschaftliche Entwicklung in den Wirtschaftszweigen<sup>5</sup>

### VERARBEITENDES GEWERBE (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Der nominale **Jahresumsatz** von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbau, Gewinnung v. Steinen und Erden mit 50 und mehr tätigen Personen ist **2022** kräftig um +35,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Umsätze im Inland nahmen um +23,1 Prozent zu. Die Auslandsumsätze erhöhten sich deutlich stärker um +61,7 Prozent. Die Entwicklung im Ausland war getrieben von den Umsätzen im EU-Ausland, die sich im Jahr 2022 nahezu verdoppelt haben. Im außereuropäischen Ausland nahmen die Umsätze um ein Drittel zu.

Deutschlandweit lag der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2022 um +18,8 Prozent über dem des Vorjahrs. Der Inlandsumsatz stieg um +18,3 Prozent, im Ausland erhöhte sich der Umsatz um +19,3 Prozent. Der Umsatz im EU-Ausland legte um +17,8 Prozent zu. Die gesamte Umsatzentwicklung, als auch die im In- und Ausland war deutschlandweit schwächer als im Land Brandenburg.

Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ist zur umsatz- und beschäftigungsstärksten Industriebranche Brandenburgs geworden und trug 12,1 Prozent (rd. 4 Mrd. Euro) zum gesamten Jahresumsatz bei. Die Umsätze der Branche haben sich von 2021 auf 2022 fast verdreifacht. Die zweitstärkste Branche ist die Metallerzeugung und -bearbeitung, auch diese konnte ihre Umsätze kräftig um +72,5 Prozent steigern. Ihr Anteil am Gesamtumsatz liegt ebenfalls bei 12,1 Prozent. Auf dem dritten Platz landeten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln, deren Umsätze sind zwischen 2021 und 2022 um knapp ein Viertel gestiegen (Anteil an Gesamtumsatz: 9,4 Prozent).

Auch 2022 haben die Umsätze der **Vorleistungsgüterproduzenten** erheblich zugenommen. Die stark gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise, haben auch 2022 zu erheblichen Kostensteigerungen geführt. Diese Mehrkosten konnten die Produzenten offenbar auf die Verkaufspreise überwälzen. Eine kräftige Umsatzsteigerung verbuchten die **Investitionsgüterproduzenten**, zu denen auch die Automobilbranche gehört. Nachdem die Umsätze der **Verbrauchsgüterproduzenten** im Jahr 2021 rückläufig waren,

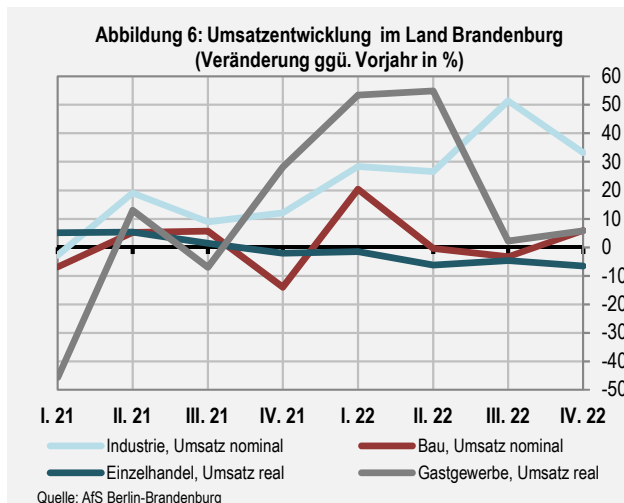
steigerten diese ihre Umsätze im aktuellen Zeitraum um fast ein Fünftel gegenüber dem Vorjahr.

Der seit 2019 anhaltende Trend des Beschäftigungsrückgangs im Verarbeitenden Gewerbe konnte 2022 umgekehrt werden. Die **Beschäftigung** nahm um +6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, im Jahresmittel waren in den brandenburgischen Industriebetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten 83.864 Personen beschäftigt. Dies ist der höchste Wert seit Aufzeichnung im Jahr 2005. Bundesweit erhöhte sich die Industriebeschäftigung lediglich um +0,8 Prozent.

Die **Zahl der Arbeitsstunden** ist 2022 deutlich um +4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Zum einen dürfte dies mit der merklich gesunkenen Kurzarbeit zusammenhängen, aber auch mit der merklichen Zunahme der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe. Im Bundesdurchschnitt stieg das Arbeitsvolumen lediglich um +0,3 Prozent.

Nach dem sich der **Auftragseingang** im Jahr 2021 nach zwei Jahren rückläufiger Aufträge erholt hatte, nahm dieser auch im Jahr 2022 um fast ein Fünftel gegenüber dem Vorjahr zu. Dabei gab es eine gegenläufige Bewegung bei den Aufträgen aus dem In- und dem Ausland. Während die Inlandsaufträge um -13,0 Prozent zurückgingen, nahmen die Aufträge aus dem Ausland um mehr als drei Viertel zu. Wie im Vorjahr verbuchte die **Investitionsgüterindustrie** das stärkste Auftragsplus mit +54,3 Prozent, gefolgt von der **Verbrauchsgüterindustrie**, die ihre Aufträge um rd. ein Fünftel steigern konnte. Lediglich die Produzenten von **Vorleistungen** büßten -4,0 Prozent an Aufträgen gegenüber 2021 ein.

In Deutschland legte der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe um +5,6 Prozent zu. Dabei stiegen die Inlandsaufträge um +6,0 Prozent und die Auslandsaufträge um +5,2 Prozent. Der Auftragsbestand lag bundesweit um +22,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Auftragsreichweite im Bundesdurchschnitt betrug im Jahresmittel 7,8 Monate. Im Jahr 2021 waren es noch 7,2 Monate.



Die **Produktion** im Land Brandenburg lag 2022 insgesamt um mehr als ein Drittel über dem Vorjahr und auch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die Produktion erhöhte sich besonders in der zweiten Jahreshälfte sehr dynamisch.

## BAUHAUPTGEWERBE

Die **Umsätze** im Bauhauptgewerbe in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten waren im Jahr 2021 rückläufig, 2022 legten sie wieder um +4,0 Prozent zu. Dabei dürfte es sich jedoch eher um Preiseffekte als um eine reale Steigerung der Produktion gehandelt haben. Ein Indiz dafür ist, dass die **geleisteten Arbeitsstunden** lediglich um +0,9 Prozent gestiegen sind. Im **Hochbau** nahmen die baugewerblichen Umsätze um +3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Dabei legte der Wohnungsbau um +11,3 Prozent zu. Die Umsätze im gewerblichen und industriellen Hochbau fielen dagegen um -12,7 Prozent. Der **Tiefbau** legte etwas stärker als der Hochbau zu (+5,1 Prozent). Maßgeblich war hier die Steigerung im sonstigen Tiefbau (+17,8 Prozent). Deutschlandweit legte der baugewerbliche Umsatz um +9,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu.

Die **Beschäftigung** ist um +1,0 Prozent auf jahresdurchschnittlich 18.617 Personen gestiegen. In Deutschland nahm die Beschäftigung um +1,6 Prozent etwas stärker zu.

Der **Auftragseingang** war 2022 aufwärtsgerichtet. Die Aufträge im Bauhauptgewerbe legten um +6,3 Prozent zu. Bundesweit war der Anstieg mit +4,8 Prozent geringer. Trotz eines deutlichen Anstiegs der Aufträge im öffentlichen Hochbau (+41,8 Prozent) gingen die Aufträge im **Hochbau** in Brandenburg insgesamt um -2,1 Prozent zurück. Gerade im Wohnungsbau zeigen sich die Folgen der massiv gestiegenen Baupreise und der verschlechterten Finanzierungsbedingungen. Diese haben zu einer deutlichen Zurückhaltung beim privaten Wohnungsbau geführt. Dagegen nahmen die Aufträge im **Tiefbau** um +13,5 Prozent zu. Hier sticht der sonstige Tiefbau mit +41,8 Prozent heraus. Die Aufträge im gewerblichen und industriellen Tiefbau und dem Straßenbau stiegen um +7,3 Prozent bzw. +7,4 Prozent.

Im Vergleich zum Jahr 2021 ist die Zahl der **Baugenehmigungen** im Wohn- und Nichtwohngebäudebau im Jahr 2022 um -8,3 Prozent auf 9.233 Genehmigungen gesunken. In Brandenburg sollen 13.305 Wohnungen in Wohnneubauten entstehen, ein Minus von -6,3 Prozent ggü. dem Vorjahr.

Für den Neubau gewerblicher Bauten wurden 756 Genehmigungen erteilt, das war ein Zehntel weniger als im Jahr zuvor. Die veranschlagten Kosten aller genehmigten Bauvorhaben sind um +1,1 Prozent auf 4,7 Mrd. Euro gestiegen.

Die **Baupreise** für den Neubau von Wohngebäuden erhöhten sich im letzten Jahr durchschnittlich um +18,1 Prozent. Dies ist die höchste jährliche Teuerung seit 1992. Ursache für den enormen Anstieg waren Preissteigerungen sowohl für Roh- als auch für Ausbaurbeiten, die auf die steigenden Rohstoff- und Energiepreise zurückzuführen sind. Zum Jahresende schwächte sich der Preisanstieg auf hohem Niveau leicht ab.

## EINZELHANDEL

Die Entwicklung des Einzelhandelsgeschäfts (ohne Kfz-Handel) wurde 2022 vom Anstieg der Verbraucherpreise ausgebremst. Die massive Steigerung der Teuerung führte zu einem Tief der Konsumlaune der Verbraucher/-innen. Im November 2022 erreichte der GfK-Konsumklimaindex seinen historischen Tiefstand. Die realen **Umsätze** gingen im brandenburgischen Einzelhandel um -4,9 Prozent zurück, nachdem sie im Vorjahr noch um +2,6 Prozent zugelegt hatten. Deutschlandweit fielen die Umsätze lediglich um -0,7 Prozent. Im Einzelhandel mit Lebensmitteln machte sich die Teuerung deutlich bemerkbar - es wurde um -8,1 Prozent weniger umgesetzt. Die Umsätze im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln fielen um -2,1 Prozent.

Lediglich die Einzelhändler mit „Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern“ (+4,4 Prozent) und mit „IKT, Haushaltsgeräten, Heimtextilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ (+1,4 Prozent) konnten ihre Umsätze steigern. Alle anderen Bereiche mussten z.T. deutliche Umsatzrückgänge hinnehmen. Allen voran der Versand- bzw. Onlinehandel, dessen Umsätze um -11,1 Prozent ggü. dem Vorjahr fielen.

Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) ging die **Beschäftigung** im Jahr 2022 um -1,7 Prozent zurück. Bundesweit stieg sie um +0,7 Prozent an. Eine Zunahme der Beschäftigung gab es im Einzelhandel mit „Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern“ (+5,8 Prozent) sowie im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (+2,2 Prozent). Dagegen fiel die Beschäftigung im Versand- bzw. Onlinehandel (-7,1 Prozent), dem Einzelhandel mit „Waren verschiedener Art und an Tankstellen“ (-5,1 Prozent) sowie im Einzelhandel mit „IKT, Haushaltsgeräten, Heimtextilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ (-1,9 Prozent).

## TOURISMUS/ GASTGEWERBE

Die Branche hat in den Jahren 2020 und 2021 heftige Verluste hinnehmen müssen. Besonders im ersten Halbjahr

2022 konnte sie von der Rücknahme der Corona-Beschränkungen und dem Nachholbedarf der Haushalte profitieren. Die Tourismusentwicklung in Brandenburg verlief 2022 erstmals wieder annähernd wie zu Zeiten vor der Corona-Pandemie. Wobei konstatiert werden muss, dass das Gastgewerbe auch 2022 noch immer nicht das Vorkrisenniveau erreicht hat. Hinzu kam, dass die Haushalte spätestens in der zweiten Jahreshälfte ihren Konsum, aufgrund der Inflationsentwicklung, auch in diesem Bereich spürbar eingeschränkt haben.

Im Jahr 2022 besuchten insgesamt rd. 4,8 Mio. **Gäste** das Land Brandenburg. Das waren +50,9 Prozent mehr als noch 2021. Trotz dieser enormen Steigerung lag die Gästezahl auch 2022 nur bei rd. 90 Prozent des Jahresniveaus von 2019. Die Zahl der **Übernachtungen** ist um etwas mehr als ein Drittel auf rd. 13,5 Mio. gestiegen.<sup>6</sup> Damit lag die Zahl der Übernachtungen noch um 3,2 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. In Deutschland nahm die Zahl der Übernachtungen um +45,3 Prozent ggü. dem Vorjahr zu. Auch hier wurden nur rd. 90 Prozent des 2019er Niveaus erreicht. Der Anteil ausländischer Gäste in Brandenburg erhöhte sich auf 7,7 Prozent. Auch dieser Anteil liegt noch unter dem Vorkrisenniveau. Insgesamt stiegen die Ankünfte ausländischer Gäste um +120 Prozent ggü. dem Vorjahr.

Im gewerblichen Beherbergungssektor betrug die durchschnittliche **Aufenthaltsdauer** 2,2 Tage und war somit geringer als im Vorjahr. Die **Bettenauslastung** in den Beherbergungsstätten stieg kräftig um 6,6 Prozentpunkte auf 39,6 Prozent. Sie lag damit aber immer noch um 2,7 Prozentpunkte unter dem Stand vor der Pandemie.

Die **Umsätze** (gemessen in konstanten Preisen) im Gastgewerbe haben 2022 gegenüber dem Vorjahr um +22,4 Prozent zugenommen. Deutschlandweit stiegen die Umsätze mit +45,6 Prozent mehr als doppelt so stark. Im **Beherbergungsgewerbe** nahmen die Umsätze um +37,4 Prozent sehr kräftig zu. Die Umsätze lagen 2022 bei 80 Prozent des Vorkrisenniveaus. Die **Gastronomie** verbuchte einen Umsatzaufwuchs von +17,8 Prozent ggü. dem Vorjahr. Die Umsätze der stationären Gastronomie sind um +22,7 Prozent gestiegen, der Bereich „Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsleistungen“ ist um +12,2 Prozent deutlich schwächer gewachsen. In allen Bereichen des Gastgewerbes zeigte sich im Verlauf des zweiten Halbjahres 2022 eine deutliche Abkühlung der Umsatzentwicklung. Dies dürfte an der gestiegenen Teuerung und entsprechender Verhaltensanpassungen der Verbraucher/-innen gelegen haben.

Die **Beschäftigung** ist nach zwei Jahren des Rückgangs wieder gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten nahm um

<sup>6</sup> Diese deutlichen Steigerungen resultieren aus dem geringen Niveau des Vorjahreszeitraums.



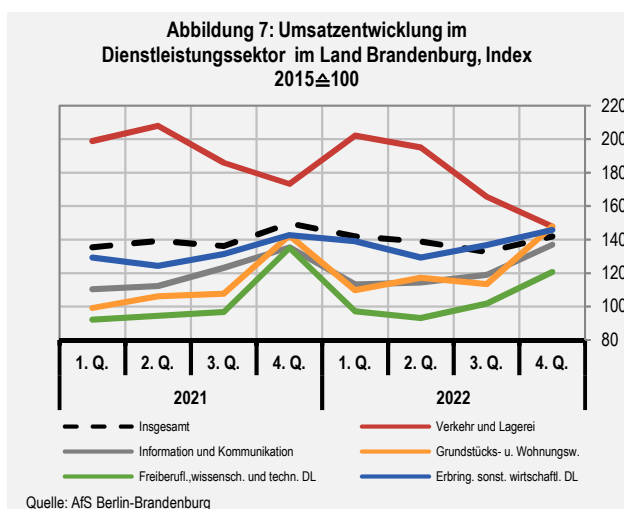
+6,4 Prozent gegenüber 2021 zu.<sup>7</sup> Aufgrund der massiven Abgänge der letzten Jahre lag das Beschäftigungsniveau im Jahr 2022 noch um 4,3 Prozent unter dem von 2020 und um 16,6 Prozent unter dem von 2019. Der Beschäftigungsaufwuchs war in der Beherbergung mit +7,2 Prozent etwas höher als in der Gastronomie (+6,2 Prozent). Bundesweit nahm die Beschäftigung im Gastgewerbe um +11,8 Prozent deutlich stärker zu als im Land Brandenburg.

## DIENTSTLEISTUNGEN

Im Jahr 2022 sind die realen **Umsätze** in den Dienstleistungen im Durchschnitt um -0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken (Vgl. Abbildung 7). Dies lag v.a. an den deutlichen Umsatzrückgängen im wichtigen Bereich „Verkehr und Logistik“ (-7,2 Prozent). Auch im Bereich „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (-1,2 Prozent) gingen die Umsätze zurück.

Positive Umsätze verbuchten dagegen die Bereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+7,2 Prozent), „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (+4,9 Prozent) sowie „Information und Kommunikation“ (+1,0 Prozent).

Die Zahl der **Beschäftigten** ist im Jahr 2022 in den Dienstleistungen um -0,5 Prozent ggü. dem Vorjahr gesunken. Rückläufig war die Beschäftigung insbesondere im Bereich „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (-2,4 Prozent). In den Bereichen „Information und Kommunikation“ (+2,8 Prozent), „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+1,6 Prozent) und „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (+1,3 Prozent) nahm sie zu. Im Bereich „Verkehr und Lagerei“ stagnierte sie.



## GEWERBEAN- UND -ABMELDUNGEN/ INSOLVENZEN

Die **Gewerbeanmeldungen** waren im Jahr 2022 um -0,8 Prozent rückläufig und fielen auf 18.100. Nichtsdestotrotz lag die Zahl der Anmeldungen über dem Vorkrisenniveau. Über drei Viertel der Anmeldungen waren Neugründungen (insgesamt 13.870 Betriebe). Der Anteil, der von Frauen angemeldeten Einzelunternehmen, lag 2022 bei 37,8 Prozent.

Die **Gewerbeabmeldungen** sind 2022 um +2,0 Prozent ggü. dem Vorjahr gestiegen (16.132 Abmeldungen). Die Frauenquote bei den Abmeldungen lag bei 34,2 Prozent.

Erstmals seit 2016 hat sich die Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** im Land Brandenburg wieder erhöht. Die beantragten Insolvenzverfahren nahmen 2022 gegenüber 2021 um +44,5 Prozent auf 357 Verfahren zu. Dies war der höchste Anstieg der Insolvenzen seit Beginn der 1990er Jahre. Trotz dieses Anstiegs gab es 2022 in Summe immer noch 6,5 Prozent weniger Verfahren als vor der Corona-Krise. Bundesweit nahmen die Unternehmensinsolvenzen lediglich um +4,3 Prozent ggü. dem Vorjahr zu.

Gründe für den spürbaren Anstieg der Insolvenzen sind zum einen in einer „Normalisierung“ der Insolvenzantragspflicht zu sehen. Die Jahre 2020 und 2021 waren von Sonderregelungen geprägt, in dieser Zeit war die Insolvenzantragspflicht für überschuldete Unternehmen infolge der Corona-Pandemie ganz oder teilweise ausgesetzt worden. Außerdem dürfte die konjunkturelle Entwicklung sowie schlechtere Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen zu dem merklichen Anstieg geführt haben.

Von den 357 beantragten Insolvenzverfahren im Jahr 2022 wurden 263 Verfahren eröffnet und 94 mangels Masse abgelehnt. Von den Insolvenzen waren 2.550 Arbeitnehmer/-innen betroffen, ein Plus von +325,7 Prozent ggü. dem Vorjahreswert. Wobei konstatiert werden muss, dass es 2021 mit 599 betroffenen Arbeitnehmer/-innen einen historischen Tiefstand gab. Im Vergleich zu 2019 stieg die Arbeitnehmerzahl um +14,8 Prozent. Aufgrund der deutlich gestiegenen Zahl an Insolvenzen, sind auch die voraussichtlichen Forderungen sehr deutlich auf 261,0 Mio. Euro gestiegen. Aber auch hier relativiert sich der Anstieg mit Blick auf das Jahr 2019. Damals lagen die Forderungen mit rd. 361 Mio. Euro noch um 100 Mio. Euro höher. Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (80 Verfahren), gefolgt von den Bereichen „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz“ (50) sowie „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ (42).

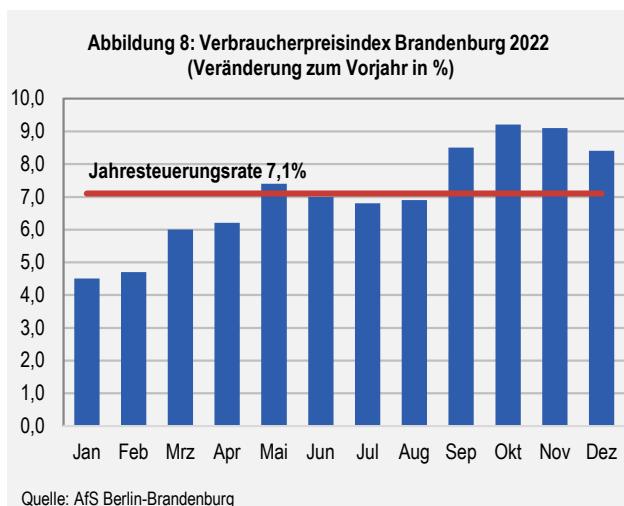
<sup>7</sup> Eine Auswertung nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung ist nicht möglich, da das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg diese Informationen nicht mehr liefert.



## PREISE

Die Teuerung hat im Jahr 2022 erheblich zugenommen. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um +7,1 Prozent (Basis = 2020) ggü. dem Vorjahr (siehe Abbildung 8).<sup>8</sup> Seit Anfang der 1990er Jahre ist sie in Brandenburg nicht mehr so hoch gewesen. Damit hat sich die Inflationsrate im Vergleich zu 2021 mehr als verdoppelt. Bundesweit nahmen die Verbraucherpreise um +6,9 Prozent zu.

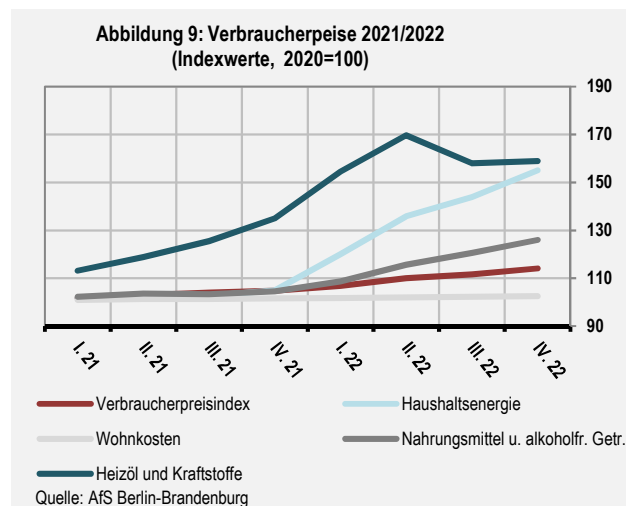
Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind insbesondere die Preise für Energie und Nahrungsmittel kräftig angestiegen und beeinflussen die Inflationsrate erheblich. Im Verlauf des Jahres 2022 hat die Bundesregierung mehrere Entlastungspakete in Kraft gesetzt, die die Haushalte und Unternehmen in Bezug auf die Preisanstiege unterstützen sollen.



Krisen- und kriegsbedingte Sondereffekte wie Lieferengpässe und deutliche Preisanstiege auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen prägten die Preisentwicklung im vergangenen Jahr. Die Entlastungsmaßnahmen aufgrund der hohen Energiepreise milderten die Teuerung von Energie im Jahresverlauf temporär ab. Die hohen Inflationsraten wurden zeitweise durch Entlastungsmaßnahmen (u.a. Tankrabbatt, 9-Euro-Ticket u.ä.) abgemildert.

Der Index für **Heizöl und Kraftstoffe** ist im Jahr 2022 um +30,1 Prozent gestiegen (siehe Abbildung 9). Mit einem Plus von mehr als einem Drittel ggü. 2021 nahmen die Preise für Haushaltsenergie noch kräftiger zu (Strom, Gas und andere Brennstoffe). Die Preise für **Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke** (+13,9 Prozent) sind über das Jahr 2022 kontinuierlich angestiegen und lagen im Dezember 2022 um mehr als ein Fünftel über dem Vorjahr. Die **Wohnkosten** (Nettokalmmieten und Wohnungsnebenkosten) erhöhten sich im Vorjahresvergleich lediglich um +0,9

Prozent. Konsumenten mussten 2022 für **Waren und für Dienstleistungen** im Durchschnitt um +11,4 Prozent bzw. +2,7 Prozent mehr zahlen als im Jahr zuvor. Preise für **Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen** stiegen um +9,1 Prozent. Die sog. Kerninflationsrate, also die Teuerung ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise, betrug im Jahresdurchschnitt +3,8 Prozent. Auch dieser Wert lag deutlich über dem Vorjahreswert und dem 2 Prozent-Inflationsziel der EZB.



Weitere Angebote des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg:

### Zahlen und Fakten zur Wirtschaftsstatistik Brandenburg

<https://mwae.brandenburg.de/sixcms/detail.php/791909>

### Schnellinfo zur Wirtschaftslage, monatlich aktualisiert

[https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Wirtschaftsstatistik\\_Schnellinfo.pdf](https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Wirtschaftsstatistik_Schnellinfo.pdf)

### Arbeitsmarktberichte für das Land Brandenburg

<https://mwae.brandenburg.de/de/arbeitsmarktberichte/bb1.c.678694.de>

### „Brandenburgs Arbeitsmarkt auf einen Blick“, monatlich aktualisiert

<https://mwae.brandenburg.de/de/arbeitsmarkt/bb1.c.691239.de>

<sup>8</sup> Methodischer Hinweis: Mit dem Berichtsmonat Januar 2023 wurde der Verbraucherpreisindex einer Revision unterzogen und auf das neue Basisjahr 2020 umgestellt. Dabei wurden unter anderem das Wägungsschema für die in die In-

dexberechnung einbezogenen Waren und Dienstleistungen aktualisiert und methodische Änderungen vorgenommen. Die bisher seit Januar 2020 veröffentlichten Ergebnisse wurden neu berechnet.